

Berg, Sebastian

Article — Published Version

Politisches Gestalten als Herausforderung der Digitalisierung

Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Berg, Sebastian (2018) : Politisches Gestalten als Herausforderung der Digitalisierung, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, ISSN 0342-2275, Beltz Juventa, Weinheim, Vol. 69, Iss. Sonderband 2018, pp. 40-48, <https://doi.org/10.3262/TUPS1801040>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/218754>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politisches Gestalten als Herausforderung der Digitalisierung

Sebastian Berg

Datenschutz im Internet, persönliche Nutzerdaten und ihr Missbrauch in sozialen Netzwerken, die daraus resultierende Unterminierung politischer Öffentlichkeit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung: Wir sprechen nicht selten über Daten, wenn wir die politischen Herausforderungen des digitalen Wandels thematisieren und uns fragen, wie sich unsere Demokratie verändert. Dass die demokratischen Herausforderungen jedoch weiter reichen als zum liberalen Datenschutz und die Digitalisierung mehr umfasst als soziale Medien, wird in der Diskussion kaum angemessen beachtet. Politik bedeutet auch, gestalten zu können. Und Technik spielt dabei eine wichtige Rolle, wie etwa die Datenpolitik in der Digitalisierung des öffentlichen Raums zeigt.

Der Beitrag möchte daher zwei Herausforderungen benennen, die für eine demokratische Gestaltung des digitalen Wandels von Bedeutung sind. Die epistemische Herausforderung besteht darin, Digitalisierung als menschengemachten Prozess technisch vermittelter sozialer Ordnungsbildung in den Blick zu nehmen. Die politische Herausforderung besteht dann darin, einen angemessenen Modus demokratischer, d. h. kollektiver Gestaltung soziotechnischer Realisierung zu finden. Die beiden Herausforderungen lassen sich anhand der Datenpolitik in Barcelonas Digitalisierungsstrategie illustrieren, wobei sich zeigt, dass Datenpolitik mehr ist als subjektivrechtlicher Schutz und auch kollektive politische Gestaltbarkeit impliziert.

Epistemische Herausforderung: Digitalisierung denken

Die Digitalisierung zu denken, bedeutet Begriffsarbeit. Die Existenz eines technisch-gesellschaftlichen Strukturwandels scheint unbestritten, nicht jedoch seine Charakterisierung. Betrachtet man die Genealogie des Digitalisierungs-Diskurses, scheint eine negative Sichtweise keinesfalls selbstverständlich. Das Internet war lange Zeit Gegenstand einer überschwänglichen Utopie, welche in der Egalität des neuen Mediums und seiner digitalen Architektur eine Chance zur Verwirklichung gesellschaftlicher Autonomie sah, die nicht länger auf die hierarchische Organisationsweise althergebrachter Institutionen wie Staat und Parteien angewiesen war. Dies ging so weit, programmatisch die technische Möglichkeit einer staatlichen Regulierung der digitalen Sphäre überhaupt zu verneinen:

„Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel, I come from Cyberspace, the new home of Mind. On behalf of the future, I ask you of the past to leave us alone. You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather. [...] Do not think that you can build it, as though it were a public construction project. You cannot. It is an act of nature and it grows itself through our collective actions.“ (Barlow 1996).

Dass dieses Manifest auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Davos verkündet wurde, war bezeichnend für die folgende Entwicklung des Internets und der digitalen Technik im weiteren Sinne. Die technologische Professionalisierung und die ideengeschichtliche Formation der „kalifornischen Ideologie“ führten dazu, die Entwicklung digitaler Technik und ihre gesellschaftliche Verwendung den Prinzipien der Ökonomie zu überlassen, solange staatliche Zugriffsrechte gesichert sind. Das utopische Narrativ des Technologiediskurses blieb davon weitgehend unberührt (Barbrook/Cameron 2017). Die so entstandenen Strukturen bleiben jedoch hinter den normativen Erwartungen zurück, während die Euphorie in eine Dämonisierung der Digitalisierung umschlägt. Man sollte sich also der Tatsache bewusst sein, dass Technik eben nicht gut oder böse ist, aber auch nicht neutral, sondern gestaltungsoffen (Kranzberg 1986). Demokratische Politik aber wird als Ausdruck kollektiver Gestaltung in der einseitig formulierten Fragestellung, wie denn Demokratie durch *die* Digitalisierung verändert werde, ins Passiv gesetzt.

Grundsätzlich werden zwei Aspekte in der Wahrnehmung der Digitalisierung nicht ausreichend berücksichtigt. Digitalisierung ist erstens nicht nur Kommunikation, auch wenn dies durch die Präsenz der sozialen Medien in der Debatte häufig suggeriert wird, sondern ein umfassender Prozess der Gestaltung sozialer Verhältnisse. Auf technischer Ebene bezeichnet Digitalisierung die Umwandlung analoger Informationen in digitale Daten im Sinne der „digitization“, d. h. „reale und imaginäre Objekte mit all ihren Attributen werden in Daten verdoppelt“, sodass das digitale Abbild der Welt berechenbar wird und dem Menschen in computergestützter Weise zur Interaktion und (sozialen) Vernetzung bereitgestellt werden kann (Lenk 2016: 228; vgl. kritisch zur Unterscheidung analog/digital: Passig/Scholz 2015). Es geht also um mehr als Twitter, Facebook oder Instagram. Die technische Dimension bezieht grundsätzlich die Genese von Daten mit ein, sei es die Kommunikation via Messenger, die Videoüberwachung am Berliner Bahnhof Südkreuz oder die Ausstattung mit Sensoren an öffentlichen und privaten Räumen, um diese smart und regulierbar zu machen. Neben die Genese ließe sich die Verarbeitung stellen, die in den Begriffen des Algorithmus und der „Künstlichen Intelligenz“ derzeit den Diskurs dominiert.

Wenn man nur die auf diesen Prozessen beruhende, medialisierte Kommunikation betrachtet und sie einseitig mit dem Wandel der Öffentlichkeit in Beziehung setzt, entgeht dem*der Betrachter*in der Transformationsprozess sozialer Ordnungsbildung als solcher, der sich in verschiedenen Sach- und Problemkontexten realisiert, sei es im Bereich des autonomen Fahrens, der Automatisierung industrieller oder kreativer Arbeit, der Organisation urbaner Räume oder eben gesellschaftlicher Kommunikation. Digitalisierung ist ein facettenreicher Prozess umfassender sozialer Gestaltung, der aus demokratischer Sicht der normativen politischen Reflexion unter-

worfen und nicht unreflektiert als natürliche, nicht gestaltbare Entwicklung betrachtet werden sollte. Wenn Daten dabei eine zentrale Rolle spielen, sollte dies auch für die Datenpolitik gelten.

Damit ist auch der Kern modernen politischen Denkens tangiert. Denn spätestens in der Florentiner Renaissance wird die Einsicht in die Kontingenz, also die Nicht-Notwendigkeit bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse, zu einem genuinen Merkmal im Charakter des Politischen. „If politics be thought of as the art of dealing with the contingent event, it is the art of dealing with *fortuna* as the force which directs such events and thus symbolizes pure, uncontrolled, and unlegitimated contingency.“ (Pocock 2003: 156). In diesem machiavellischen Moment nimmt die Gestaltbarkeit der soziopolitischen Verhältnisse ihren Ausgang, um zur *differentia specifica* moderner Politik zu werden. Sie erkennt soziale Verhältnisse als menschengemacht – und legt somit die Grundlage ihrer politischen Gestaltbarkeit, auch auf technischer Ebene.

Entsprechend betrifft dieser zweite Punkt die häufig implizit gesetzte Annahme, Digitalisierung sei ein der Gesellschaft und der Politik externer Prozess, welcher als Triebkraft auf diese einwirke und reale Veränderung entfalte (Kaufmann/Jeandesboz 2017: 310). Diese Externalisierung verweist auf die spannungsreiche Verbindung von Gesellschaft und Technik als Konzepte modernen Denkens. In Antike und Mittelalter noch in einem genuinen Zusammenhang stehend, wurde die Technik in der neuzeitlichen Ideengeschichte der Gesellschaft gegenübergestellt, folglich externalisiert (Passoth 2008: 200; Latour 2015). Seitdem gilt Technik als Sphäre, die sich fortschreitend und quasi autonom entwickelt, während sie auf die Gesellschaft wirkt. Da diese Trennung nicht objektiv, sondern dem modernen Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge geschuldet ist, verzerrt sie die Wahrnehmung technischer Gestaltbarkeit. Die in der Digitalisierung als *Novum* empfundene Verbindung der Technik mit unserem alltäglichen Leben konstituiert sich daher auch nicht erst mit den „radical technologies“ (Greenfield 2017) des digitalen Zeitalters, sondern schreibt ein bestehendes Wechselverhältnis fort, an dem sich Forscher*innen seit der Neuzeit abarbeiten: An Artefakten wie Chronometern, Eisenbahnen, Stahlbeton und Telefonen wird seither zu eruieren versucht, in welcher Weise Technik und Gesellschaft aufeinander einwirken, wie die Kausalitätsketten verlaufen und welches Potenzial mit Technik verbunden wird. Dabei sollten uns zwei Punkte längst bewusst geworden sein: Digitalisierung lässt sich erstens nicht einseitig als Ursache gesellschaftlicher Entwicklung verstehen, sondern ist interdependent in sie eingelassen (Passoth 2008: 167). Zweitens ist der szientistische Charakter neutraler Technik ein ideologisches Versatzstück der Aufklärung: Die Einführung von technischen Entwicklungen wurzelt in den hierarchischen Strukturen der Gesellschaft und ist daher auch ihren Machtverhältnissen unterworfen (Aronowitz 1988: 5). Digitalisierungsprozesse wirken demnach nicht unabhängig von ihrem institutionellen Kontext nach einer ihnen immanenten Eigenlogik, sondern entlang von Affordanzen und damit in Möglichkeitsräumen technischer Machbarkeit.

Eine als unbeeinflussbar wahrgenommene Digitalisierung, sei es durch die unsichtbare Hand des Marktes oder auch Machiavellis „*fortuna*“, stellt für die politische

Gestaltbarkeit sozialer Ordnung eine epistemische Herausforderung dar. Es kommt aus demokratischer Sicht eben nicht allein darauf an, *dass* Digitalisierung als politischer Prozess Wirkung entfaltet – „Digitalisierung first, Bedenken second“ –, sondern *wie* das geschieht. Eine normativ reflektierte Gestaltung, etwa nach demokratischen Maßstäben, setzt dabei ein Bewusstsein des kontingenten Charakters soziotechnischer Verhältnisse voraus. Es wäre eine erste Bedingung, den politischen Charakter dieses Prozesses zu bewahren, um ihn gestalten zu können.

Politische Herausforderung: demokratisch denken

Was aber könnte es bedeuten, Digitalisierung demokratisch zu gestalten? Am Feld der Datenpolitik und des Verständnisses von Daten verdeutlicht sich eine dieser Frage immanente Problematik. Daten bilden eine zentrale Komponente auf der technischen Ebene der Digitalisierung, während ihr Schutz das demokratische Narrativ bildet, wenn die politischen Notwendigkeiten digitaler Maßregelung zur Sprache kommen. Die ubiquitäre Frage nach dem Schutz dieser Daten als Kern einer demokratischen Datenpolitik verstellt allerdings mehr das Problem, als dass sie eine Lösung anbietet. Denn Datenpolitik geht nicht in Datenschutz auf.

Während der Terminus des *Datenschutzes* erst in den 1960er-Jahren aufkommt, lässt sich *Datenpolitik* deutlich weiter zurückverfolgen und geht in seiner jetzigen Tradition auf die „Informationskrise“ des vormodernen Staates zurück (von Lewinski 2009: 204). Dieser konnte durch die Ausschaltung ehemaliger ständischer Intermediäre als Benachteiligter einer Informationsasymmetrie seinem Regulierungsanspruch nur schwerlich nachkommen und etablierte eine langfristige, expansive Praxis der Informationsgenese. Erst mit der Normierung staatlicher Datenpolitik, also der Verrechtlichung der Sammlung und Verarbeitung der Datenmassen, setzt die Möglichkeit ein, demokratische Kontrolle auf staatliches Handeln auszudehnen, etwa durch Datenschutz (von Lewinski 2009: 204).

Demokratie beinhaltet aber neben der Kontrolle der Machtausübung vor allem die Machtausübung selbst, wie sie im Begriff der *Selbstregierung* zum Ausdruck kommt. Öffentliche Institutionen wie der Staat sind nicht allein als übervorsorglicher Leviathan zu sehen – vor dessen Verselbstständigung die Gesellschaft völlig zu Recht „checks and balances“ eingezogen hat –, sondern auch Ergebnis kollektiven Handelns. Demokratische Bestrebungen haben ihren Handlungsspielraum im Laufe der Zeit selbst auf jene Bereiche ausgedehnt, die zu den ursprünglichsten Machtsphären des absolutistischen Staates gehörten, etwa die Finanz- und Militärpolitik. Anders im Bereich der Datenpolitik, wo durch die Trennung des Datenschutzes von der Datenpolitik eine demokratische Leerstelle in der Handhabung des digitalen Wandels verblieben ist. Hier existiert vielmehr eine lange Genealogie datenpolitischen Handelns durch den Staat, in welcher demokratische Normativität sich jedoch nur als Kontrollmacht, nicht als kreative Handlungsmacht etablieren konnte. Die Adressierung der Datenpolitik durch die abwehrrechtliche Brille – Datenpolitik als Datenschutz mit dem legitimen Ziel, die Sphäre wirtschaftlicher Privatautonomie und Per-

sönlichkeit zu garantieren – spiegelt dabei auch den oben angeführten Trend, politische Handlungsspielräume der organisierten Allgemeinheit und demokratische Gemeinwohlbestimmung zugunsten privatwirtschaftlicher Interessensverfolgung zurückzustellen. Was nicht gestaltbar ist, kann nicht politisch sein – so die Annahme.

Der einseitig auf den Staat bezogenen Verrechtlichung einer informationellen Machtkontrolle – dem Datenschutz – entgeht zudem die liberale Verve, mit welcher die privatwirtschaftliche Handhabung von Daten politisch artikuliert wird. Denn die Formulierung datenpolitischer Fragestellungen ist in ihrer individualrechtlichen Adressierung – „Konsument*in“, „Verbraucher*in“ oder „Nutzer*in“ – problematisch, weil sie den konstitutiven, politischen Charakter des Themas verfehlt. Zudem ist die demokratiethoretisch oft beschworene Trennung von öffentlich und privat – auf der Individualebene also Bürger*in versus Konsument*in – als normatives Unterscheidungskriterium oft wenig erhellend, da sie die Machtverhältnisse im Prozess der technologisch bedingten Modernisierung nicht abbildet. Denn „genauso wenig, wie die erste Industrialisierung mit den Konzepten des Mittelalters und aus Sicht des einzelnen Handwerkers beschreibbar oder erklärbar war bzw. ist, lassen sich die zweite Industrialisierung und ihre Folgen [...] mit Konzepten der bürgerlichen Frühmoderne und aus Sicht des bürgerlichen Individuums beschreiben, analysieren oder erklären.“ (Pohle 2016: 2).

In einem Gutachten für das Bundesministerium des Inneren aus dem Jahre 1971 wird denn auch bereits ein prozessorientiertes Phasenmodell als datenrechtliche Grundlage gegenüber der bürgerlichen „unbrauchbaren Privatsphäre“ vorgeschlagen (Steinmüller et al. 1971: 54 ff.; Pohle 2014: 48). Der politische Charakter datenrechtlicher Sachfragen wird besonders in der Annahme verdeutlicht, dass die Rechtsproblematik als Folge der Informationstechnologie nicht nur aus der Verletzung der subjektivrechtlichen Position erwachse, sondern aus der gesamtgesellschaftlichen Gefährdung der Machtverhältnisse resultiere (Steinmüller et al. 1971: 35 f.). Die von Steinmüller et al. vorgeschlagene prozessorientierte Perspektive bindet die datenrechtlichen Überlegungen nicht an eine schutzbedürftige Sphäre, sondern an den Prozess informationeller Gestaltung zurück und eröffnet somit demokratiethoretische Zugriffe jenseits der Machtkontrolle hin zur politischen Gestaltbarkeit (Steinmüller et al. 1971: 41). Sphärenorientierte Konzepte laufen hier Gefahr, Funktionalität zu behaupten – etwa durch die Zuweisung privat oder öffentlich –, aber an den faktischen, soziotechnischen Prozessen vorbeizuoperieren und so handlungsbeschränkend auf politische Möglichkeitsräume zu wirken. Die Spezifik des politischen Zugriffs sollte also darin liegen, im Angesicht technischer und sozialer Veränderung die demokratische Gestaltung dieser Transformationsprozesse als souveränes Prinzip zu etablieren. Ein solcher Ansatz findet sich etwa bei John Dewey.

Dewey stellt einer technologisch und durch die Modernisierung bedingten Verfallsgeschichte der Demokratie die These entgegen, dass „demokratische Prozesse öffentlicher Meinungsbildung und Vermittlung den gesellschaftlichen Interdependenzgeflechten nachwachsen“ können, sich also in kollektiven Lernprozessen neue Wege demokratischer Ausgestaltung für die Probleme einer sich modernisierenden Gesellschaft finden lassen (Lamla 2013: 349). Zentral sei dafür, Öffentlichkeit nicht als

thematisch-abstrakte Sphäre, sondern funktional als problemorientierte Zusammenhänge sozialer Interaktion zu verstehen, die unterschiedliche Gruppen von Menschen umfassen und daher im Plural, als *Öffentlichkeiten*, formuliert werden können (Dewey 1996: 44).

Hier wird ganz bewusst der Fokus auf die Teilhabe der Beteiligten gelegt, gleichzeitig aber die Notwendigkeit betont, dass die problematischen Nebenfolgen und Interdependenzen (in unserem Fall: der Digitalisierung) durch kollektive, experimentell organisierte Prozesse in eine normativ reflektierte Regulierung überführt werden müssen, will man erwähntes Nachwachsen demokratischer Strukturen gewährleisten. Wie Steinmüller et al. sieht auch Dewey die Gefahr, dass die Zuweisungen von Handlungsmacht aufgrund historischer Konzepte Machtstrukturen verschleiern, statt den Prozess soziotechnischen Wandels demokratisch zu gestalten. Eine politisch anspruchsvolle Datenpolitik muss daher neben dem Kontingenzbewusstsein auch die Einsicht formulieren, dass eine demokratische Ordnung eine demokratische *Ordnungsbildung* bedingt. Dass dies gelingen kann, dass man in einer prozessorientierten, Kontingenz anerkennenden kollektiven Gestaltung eine vielversprechende Ausgangsposition für demokratische Digitalisierungspolitik findet, lässt sich an der Strategie zur Digitalisierung der Stadt Barcelona illustrieren.

Barcelonas demokratisierte Daten

Die katalanische Hauptstadt hat sich bereits früh entschieden, die Digitalisierung unter dem Label „Smart City“ aktiv zu nutzen (Berrone et al. 2016). Das technodeterministische und auf wirtschaftlicher Entwicklung basierende Konzept war jedoch nicht sonderlich erfolgreich. Technische Lösungen, wie die Bereitstellung einer datenbasierten Bürgerbeteiligungsplattform („Smart Citizen“), die es den Bürger*innen gestattet, zu Problemen wie Lärm oder Luftverschmutzung in einen datenbasierten Austausch mit der Stadtverwaltung zu treten, konnten sich nicht etablieren. Die Bürger*innen Barcelonas verblieben im Status der Daten-Provider, während eine an Bedürfnissen orientierte, die Bürger*innen und Betroffenen einbindende Zielformulierung nicht stattfand (Calzada 2017: 2, Manske 2017). Dies änderte sich jedoch unter der 2015 gewählten Bürgermeisterin Ada Colau. Was machte den Unterschied?

Zum einen wurde nun die Vorgehensweise darauf ausgelegt, das Ziel des Technologieeinsatzes anhand eines auf Teilhabe ausgerichteten Prozesses gemeinsam zu entwickeln und somit eine problemorientierte Öffentlichkeit zu konstituieren, wie sie oben mit Dewey formuliert wurde. So wurden etwa die Bewohner*innen Barcelonas aktiv auf ihre Probleme hin befragt und eingebunden, um erst in einem zweiten Schritt die digitale Infrastruktur entsprechend den Bedürfnissen bereitzustellen. Gemeinsam wurden dann Lösungsansätze besprochen, Szenarien diskutiert und experimentell implementiert (Smith 2018). Zum anderen hat diese Verbindung aus technologischer wie sozialer Interaktion in einem auf die Bürger*innen ausgerichteten öffentlichen Prozess Daten produziert, in welche die in einem demokratischen Prozess ermittelten Bedürfnisse bereits eingeschrieben sind. In Anlehnung an Clifford Geertz'

Konzept der „thick descriptions“, das die Beteiligung der Untersuchten und den sozialen Kontext für den Sinnzusammenhang ethnologischer Beschreibungen in den Vordergrund rückt, können wir von „thick data“ sprechen. Nicht allein die Masse – Big Data – oder „smartness“ der Daten bedinge eine gemeinwohlorientierte Techniknutzung, sondern die Einschreibung des soziopolitischen Prozesses – und damit einer demokratisch generierten Zielvorgabe – in diese Daten: „this means data cannot really be explained and used without understanding the contexts in which it arises and gets used. Data can only mobilise people and change things when it becomes thick with social meaning“ (Smith 2018). „Thick data“ erhöhen demnach Akzeptanz, Partizipation und Effektivität, während sie gleichzeitig in normativ anspruchsvoller Weise demokratische Datenpolitik illustrieren.

Die Stadt Barcelona setzt verstärkt darauf, ein solches Vorgehen und Datenverständnis weiter zu fixieren. Im 2016 verabschiedeten „Barcelona City Council Digital Plan“ ist denn auch der Einsatz von Technologie einer politischen Zielsetzung untergeordnet und nicht länger legitimer Selbstzweck: „Digital transformation and innovation are not a destination or point of arrival but rather a journey, an endless process, where free software and agile development of public administration services steps are repeated one after the other until the desired result is reached. Digital products and services and their interfaces are evolving, like a living organism, in accordance with the needs of citizens and changes in technology.“ (Barcelona City Council 2017: 4–5).

Die Bildung von Data Commons, die Nutzung von Open-Data-Formaten, die bevorzugte Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen statt globalen Konzernen und die Etablierung der Plattform DECODE¹, in der Bürger*innen selbst die von ihnen bereitgestellten Daten regulieren können, sollen Daten entkommerzialisieren und somit einerseits die demokratische Kontrolle über die generierten Daten sicherstellen, sie andererseits aber der kollektiven Gestaltung des öffentlichen Raums zuführen, etwa im Lärmschutz oder im öffentlichen Nahverkehr. Hier zeigt sich, dass eine politische Bearbeitung des digitalen Wandels auf demokratische Weise möglich ist.

Ausblick

Der Beitrag hat den gestaltenden Charakter des Politischen als Herausforderung des digitalen Wandels thematisiert und die Normativität des Prozesses ins Zentrum der Betrachtung gestellt. Die Organisation von Menschen entwickelt sich nicht zuletzt auch im Zusammenspiel mit und entlang der Möglichkeiten technischer Artefakte und gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die der Technik gerade keinen privilegierten Status in der Lösung von Problemen zugestehen, sondern sie an Aushandlungsprozesse und soziale Kämpfe zurückverweisen. Die Vorstellungen der Gesellschaft von sich selbst, ihre Ziele und Normen, reagieren auf diesen Prozess, werden dadurch konstituiert und aktualisiert. Wenn wir diesen Überlegungen folgen, ist Digitalisie-

1 <https://decodeproject.eu>.

rung nicht als Herausforderung des Politischen als solchem zu verstehen, sondern vielmehr der darin liegenden demokratischen Normativität des Regierens und Regiert-Werdens. Nicht der Prozess der Politik läuft Gefahr, abgeschafft zu werden – wie es manchen Technikutopist*innen vorschwebt –, sehr wohl jedoch das für die demokratische Gesellschaft zentral gewordene Verständnis, dass dieser Prozess auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Offenheit beruht. Eine demokratisch inspirierte Datenpolitik ist dabei nur eine Ebene, auf der die Notwendigkeit verdeutlicht wurde, die zugrunde gelegten Werte und Normen stets als gesellschaftlich konstituierte zu erfassen und zu verarbeiten, will man den normativen Charakter demokratischer Ordnung auch in einer digitalisierten Gesellschaft sicherstellen.

Literatur

- Aronowitz, S. 1988: Science as power: discourse and ideology in modern society. Minneapolis.
- Barbrook, R./Cameron, A. 1996: The Californian Ideology. In: Science as Culture, Jg. 6, Heft 1, 44–72.
- Barcelona City Council 2017: Barcelona City Council Digital Plan, abrufbar unter: http://ajuntament.barcelona.cat/digital/sites/default/files/LE_MesuradeGovern_EN_9en.pdf [8.6.2018].
- Barlow, J. P. 1996: A Declaration of the Independence of Cyberspace, abrufbar unter: <https://www.eff.org/cyberspace-independence> [8.6.2018].
- Berrone, P./Ricart, J./Carrasco, C. 2016: The Open Kimono. Toward a General Framework for Open Data Initiatives in Cities. In: California Management Review, Jg. 59, Heft 1, 39–70.
- Calzada, I. 2017: The Techno-Politics of Data and Smart Devolution in City-Regions. Comparing Glasgow, Bristol, Barcelona, and Bilbao. In: Systems, Jg. 5, Heft 1, 1–18.
- Dewey, J. 1996: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim.
- Greenfield, A. 2017: Radical technologies: the design of everyday life. London.
- Kaufmann, M./Jeandesboz, J. 2017: Politics and „the Digital“. From Singularity to Specificity. In: European Journal of Social Theory, Jg. 20, Heft 3, 309–328.
- Kranzberg, M. 1986: Technology and History: „Kranzberg’s Laws“. In: Technology and Culture, Jg. 27, Heft 3, 544–560.
- Lamla, J. 2013: Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 23, Heft 3–4, 345–365.
- Latour, B. 2015: Wir sind nie modern gewesen: Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Frankfurt a. M.
- Lenk, K. 2016: Die neuen Instrumente der weltweiten digitalen Governance. In: Verwaltung & Management, Jg. 22, Heft 5, 227–240.
- von Lewinski, K. 2009: Die Geschichte des Datenschutzrechts von 1600 bis 1977. In: Arndt, F. (Hrsg.): Freiheit – Sicherheit – Öffentlichkeit. 48. Assistententagung Öffentliches Recht. Baden-Baden, 196–220.
- Manske, J. 2017: Städte im Datenrausch. In: Stadler, W. (Hrsg.): Stadt – Land – Fluss. Soziales Wohnen in der Zukunft. Weinheim, 29–34.
- Passig, K./Scholz, A. 2015: Schlamm und Brei und Bits. Warum es die Digitalisierung nicht gibt. In: Merkur, Jg. 69, Heft 798, 75–81.
- Passoth, J.-H. 2008: Technik und Gesellschaft: sozialwissenschaftliche Techniktheorien und die Transformationen der Moderne. Wiesbaden.
- Pocock, J. G. A. 2003: The Machiavellian Moment: Florentine political thought and the Atlantic Republican tradition. Princeton.

- Pohle, J. 2014: Die immer noch aktuellen Grundfragen des Datenschutzes. In: Garstka, H./Coy, W. (Hrsg.): Wovon – für wen – wozu. Systemdenken wider die Diktatur der Daten. Wilhelm Steinmüller zum Gedächtnis. Berlin, 45–58.
- Pohle, J. 2016: Transparenz und Berechenbarkeit vs. Autonomie- und Kontrollverlust. Die Industrialisierung der gesellschaftlichen Informationsverarbeitung und ihre Folgen. In: Mediale Kontrolle, Jg. 5, Heft 1, 1–21.
- Smith, A. 2018: Smart cities need thick data, not big data. In: The Guardian, 18. April 2018, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/science/political-science/2018/apr/18/smart-cities-need-thick-data-not-big-data> [8.6.2018].
- Steinmüller, W./Lutterbeck, B./Mallmann, C./Harbort, U./Kolb, G./Schneider, J. 1971: Grundfragen des Datenschutzes. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern; BT-Drs. VI/3826, Anlage 1.

Sebastian Berg

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Demokratie & Digitalisierung“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und forscht zur politischen Theorie des digitalen Wandels.

E-Mail: sebastian.berg@wzb.eu